AKW Mochovce – Schweigen der Bundesregierung nicht länger tolerierbar



Nein zu Atomstrom!

Die Stromlandschaft in Oberösterreich

Gott sei Dank, es war nur Asche!

UVP zu neuen Temelin Blöcken – eine Farce unter dem Taktstock der Atomlobby

UVP zu neuen Temelin Blöcken – eine Farce unter dem Taktstock der Atomlobby

Vor einigen Tagen wurde der Beginn der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für zwei neue Reaktoren in Temelin angekündigt. Die UVP wird grenzüberschreitend geführt. Nach näherem Hinsehen stellt man als potentieller Teilnehmer an diesem Verfahren fest, dass man lediglich Statist in einem abgekarteten Spiel ist. Man darf eine Einwendung abgeben, damit enden auch schon alle Rechte. Das soeben durch Vertreter der Betreiberfirma CEZ umbesetzte Umweltministerium in Prag garantiert einen raschen und positiven

UVP-Bescheid. "Die Umwelteinflüsse sind durch den Zaun des Betriebsgeländes begrenzt", wird es lakonisch heißen

Dabei sind alle Grundfragen völlig offen oder ungelöst. Für die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle gibt es auch nach 50 Jahren Atomkraft keine Lösung. Angesichts dieses Problems dürfte das neue Kernkraftwerk keine Genehmigung und schon gar keinen positiven UVP-Bescheid erhalten.

Es ist trotzdem wichtig, sich an dieser Schein-UVP zu beteiligen. Da das tschechische UVP-Gesetz im Widerspruch zum EU-Recht steht, ergeben sich Möglichkeiten für Klagen. Wir



möchten eine seriöse Überprüfung des UVP-Bescheides durch ein unabhängiges Gericht erreichen. Im Rahmen einer gemeinsamen Aktion werden wir Sie über die Möglichkeit zur Teilnahme informieren.

Radko Pavlovec Anti Atom Beauftragter des Landes OÖ.

Renaissance der Atomenergie findet nicht statt!

Wenn man sich die Zahlen der Internationalen Atomenergieagentur vom 30. Juni anschaut, dann sind die durchaus erfreulich, auch wenn sie der Atomlobby nicht besonders schmecken werden.



Allen Unkenrufen zum Trotz ist Atomenergie weltweit auf dem Rückzug. Im ersten Halbjahr 2010 sind nur zwei neue Meiler in Be-

trieb gegangen, in Frankreich wurde einer endgültig stillgelegt und weltweit sind sieben in Bau.

Neue Atomkraftwerke können nicht verhindern, dass der weltweite Bestand sinkt, weil von den bestehenden AKWs die meisten alt sind und stillgelegt werden müssen.

Der Anteil der Atomenergie an der weltweiten Energieversorgung sinkt ständig und liegt derzeit nur mehr bei rund zwei Prozent.

Für diese zwei Prozent an Energie gehen wir das Risiko ein, unseren Planeten langfristig radioaktiv zu verseuchen und bescheren unseren Nachkommen mit dem Atommüll eine unkalkulierbare Erblast für die nächsten Jahrhunderttausende. Die nächsten Generationen werden die Suppe auszulöffeln haben, die wir ihnen in unverantwortlicher Weise einbrocken.

Wir sind aus Profitgier und Gewinnsucht nicht bereit, die Verantwortung zu übernehmen, die wir unseren nächsten Generationen schuldig sind.

Dipl. Ing. Manfred Doppler

Anti Atom Komitee an der Universität Innsbruck

"Warum die Atomenergie unser Klima nicht retten kann?" zu diesem Thema referierte Manfred Doppler am 28. Mai 2010 auf Einladung an der theologischen Fakultät der Universität Innsbruck.

Unter dem Titel "Atomenergie – Klimaretterin in Zeiten des Klimawandels oder untragbare Gefahr für die Menschheit" fand vom 28. Mai bis 2. Juni 2010 eine Veranstaltungsreihe an der theologischen Fakultät der Universität Innsbruck statt.

Neben Fachvorträgen zu diesem aktuellen Thema wurde auch der Spielfilm "Der erste Tag" von Andreas Prochaska gezeigt, der einen Atomunfall im AKW Dukovany mit massiven Auswirkungen auf Österreich zum Inhalt hat. Ein Besuch im bayerischen Atomkraftwerk Isar bildete den Abschluss dieser Veranstaltungsreihe.

Manfred Doppler schilderte in seinem Vortrag die Illusion, dass Atomenergie einen relevanten Beitrag zum Klimaschutz leisten könne. Unabhängig davon, dass Atomenergie als Klimaretter zu spät käme, wurde klar, dass die Atomenergie nicht einmal das Potential dazu hat, unser Klima zu retten.

AKW Mochovce – Schweigen der Bundesregierung nicht länger tolerierbar

Seit dem "einseitigen" Abschluss der UVP zum Ausbau des AKW Mochovce seitens der Slowakei und zur Empörung im Umweltministerium sind konkrete Maßnahmen und Schritte aus- und viele Fragen offen geblieben. Das Anti Atom Komitee fordert von der Bundesregierung Antworten und Aufklärung.

Vor genau zwei Monaten, am 28. 4. 2010, hat das slowakische Umweltministerium, entgegen den Vereinbarungen mit Österreich, das UVP Verfahren zum Ausbau des AKW Mochovce ohne Beantwortung zentraler Sicherheitsfragen einseitig beendet und einen UVP Bescheid veröffentlicht, ohne eine Antwort auf zentrale Sicherheitsfragen.

Just an diesem Tag haben in Bratislava die letzten bilateralen Konsultationen stattgefunden, bei denen von der Slowakei unter Klagsandrohung eine Schweigeklausel eingefordert wurde, die im Gegensatz zur oö. Delegation von den Vertretern des Umweltministeriums ohne Debatte akzeptiert wurde.

Diese Vorgangsweise wirft dringende Fragen auf. Was war das Motiv seitens des Umweltministeriums, diese Schweigeklausel zu akzeptieren? Was wurde bei diesen Gesprächen, die aus Protest gegen die Schweigeklausel ohne oberösterreichische Delegation stattgefunden haben, be-



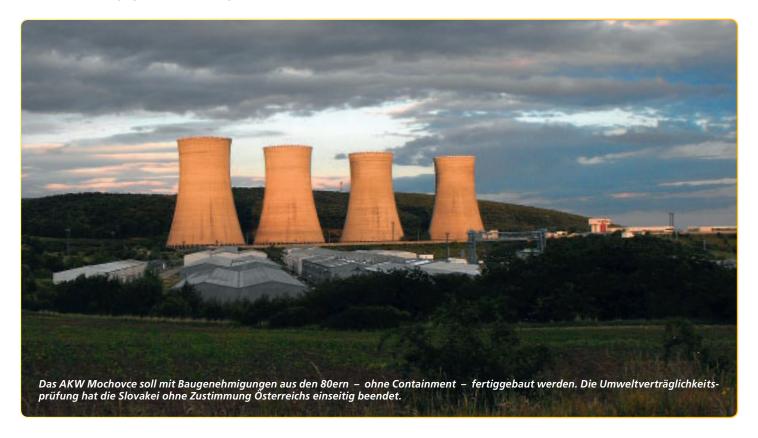
Das Anti Atom Komitee fordert von Umweltminister Berlakovich mehr Engagement und Offenheit

schlossen, um etwaigen Spekulationen zu diesem "einseitigen" Abschluss der UVP entgegen zu treten. Diese Fragen sind bis heute unbeantwortet geblieben.

Die Bundesregierung muss außerdem klar darstellen, was an konkreten Schritten unternommen wurde, nachdem die Slowakei das UVP Verfahren "einseitig" beendet und diesen skandalösen UVP Bescheid veröffentlicht hat.

Die Empörung von Umweltminister Nikolaus Berlakovich (Zitat: Das ist ein Affront gegen Österreich und ich verurteile es aufs Schärfste) und die Vorladung des slowakischen Botschafters ins Außenministerium, die dieser als freundliche Einladung zum Kaffee bezeichnet hat, wird zu wenig sein, um die Rechte der Verfahrensteilnehmer zu sichern.

Die Bundesregierung muss klarstellen, um welche diplomatische Maßnahme es sich dabei gehandelt hat und welche Konsequenzen daraus resultiert haben.



Nationalräte aller Parlamentsfraktionen zu Gast beim Anti Atom Komitee

Der Einladung des Anti Atom Komitees zu einer Diskussion über derzeitige und zukünftige Aktivitäten und Strategien in der oberösterreichischen Anti Atom Arbeit folgten Nationalräte aller fünf Parlamentsfraktionen. Einhelliger Tenor: Anti Atom Arbeit ist weiterhin sehr wichtig. Es wurden halbjährliche Strategietreffen in Freistadt vereinbart.

Prominent besetzt war das Treffen des Anti Atom Komitees mit den regionalen Nationalräten am 13. 4. 2010 im Büro des Anti Atom Komitees in Freistadt.

Mit Norbert Kapeller (ÖVP), Walter Schopf (SPÖ), Ruperta Lichtenecker (Grüne), Werner Neubauer (FPÖ) und Rainer Widmann (BZÖ) waren alle fünf Parlamentsfraktionen vertreten.

Auch der Anti Atom Beauftragte des Land OÖ, Radko Pavlovec, nahm an diesem wichtigen Treffen teil, bei dem weitere strategische Schritte besprochen wurden, um die Bundesregierung vermehrt in die Pflicht zu nehmen und die zugesagten Sicherheitsverbesserungen in Temelin endlich durchzusetzen.

Aber auch die EU- widrige Umweltverträglichkeitsprüfung beim Ausbau des AKW Mochovce in der Slowakei waren Thema dieses sehr konstruktiven Gespräches.

Die Anti Atom Arbeit ist zu wichtig, um sie nur in den parteipolitischen Gremien zu behandeln. Wir müssen über alle Parteigrenzen hinweg an einem Strang ziehen um einerseits dem ständigen Bemühen der europäischen Atomlobby nach einer Renaissance der Atomenergie entge-

gen zu wirken und andererseits laufend darauf hinweisen, dass gravierende Sicherheitsmängel im grenznahen AKW Temelin bis heute nicht beseitigt wurden. Das Kommen regionaler Parlamentarier aller Parteien sowie das konstruktive Gespräch ist ein wichtiges Fundament für die weitere Arbeit.



V. r. n. l.: Mag. Rainer Widmann, Norbert Kapeller und Walter Schopf im Gespräch mit Alfred Klepatsch und Manfred Doppler

Es wurde vereinbart, dieses Treffen zu einer ständigen Einrichtung auszubauen und halbjährlich durchzuführen

Ein längst überfälliger Anti Atom Gipfel auf Bundesebene, der von den NGOs seit Jahren gefordert wird, wird von den Abgeordneten einhellig unterstützt.



BM Dr. Reinhold Mitterlehner zu Gast in Windhaag/Freistadt

Das Anti Atom Komitee nützte den Besuch von Wirtschaftminister Reinhold Mitterlehner am 15. Mai 2010 beim Zukunftsforum in Windhaag bei Freistadt, um einige Fragen an den Minister zu richten:

Seit Beendigung der interparlamentarischen Kommission zu Temelin gab es keinerlei öffentlich bekannten Anstrengungen seitens der Bundesregierung oder des Umwelt-/ Außenministeriums, die Beseitigung der noch immer bestehenden Sicherheitsmängel in Temelin von Tschechien weiterhin einzufordern.

- Wird die Bundesregierung die Beseitigung dieser Sicherheitsmängel von Tschechien weiter einfordern und, wenn ja:
- Welche Schritte wird die österreichische Bundesregierung unternehmen, diese auch durchzusetzen?

Es besteht die Gefahr, dass der Temelinbetreiber CEZ versuchen wird, trotz der Novellierung des tschechischen UVP Gesetzes einen Ausbau des AKW Temelin auf Basis des alten UVP Gesetzes durchzuziehen, und damit die interessierte Öffentlichkeit von ihrem Recht der Anfechtung von UVP Entscheidungen vor einem ordentlichen Gericht auszuschließen.

 Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, dass die UVP zum Ausbau des AKW Temelin auf Basis des novellierten UVP Gesetzes durchgeführt wird und damit die Rechte der interessierten Öffentlichkeit nach § 10a der Richtlinie 85/337/EWG sichergestellt ist?

Obwohl elementare Sicherheitsfragen zum Ausbau des AKW Mochovce in der Slowakei, wie die das Fehlen eines Volldruckcontainments seitens des Betreibers nicht zufrieden stellend beantwortet waren, wurde diese "UVP" seitens des slowakischen Umweltministeriums einseitig abgeschlossen.

 Wird die österreichische Bundesregierung diese einseitige Beendigung des UVP Prozesses seitens der Slowakei akzeptieren, oder welche Schritte wird die Bundesregierung setzen, die die Durchführung einer EU konformen UVP zum Ausbau des AKW Mochovce nach sich ziehen?

Bei den letzten bilateralen Konsultationen am 28. April in Bratislava wurde von der Slowakei unter Klagsandrohung eine Schweigeklausel eingefordert, die im Gegensatz zur oö. Delegation von den Vertretern des Umweltministeriums ohne Debatte akzeptiert wurde.

- Was war das Motiv seitens des Umweltministeriums, diese Schweigeklausel zu akzeptieren?
- Was wurde bei diesen Gesprächen, die aus Protest gegen die Schweigeklausel ohne oberösterreichische Delegation stattgefunden haben, beschlossen, um etwaigen Spekulationen zum "einseitigen" Abschluss der UVP entgegen zu treten?

Wir warten gespannt auf Antworten und werden Ihnen diese in der nächsten Ausgabe nicht vorenthalten!!



lackner studio für photographie Strauss

Hauptplatz 17 4240 Freistadt Tel. 0 79 42/72 35 60 Fax 72 35 69 foto-lackner@aon.at www.foto-lackner-strauss.at

Die Seer – Interview mit Alfred Jaklitsch

Das Anti Atom Komitee freut sich, dass es mit den "Seern" bereits seit vielen Jahren einen sehr guten Kontakt gibt. Dies rührt auch daher, dass Alfred Jaklitsch, der Chef der "Seer", sehr immer sehr klare Worte zum Thema Atomenergie findet.

Anlässlich des Auftaktkonzerts zur neuen Tournee Anfang März 2010 in Freistadt nützte das Anti Atom Komitee die Gelegenheit für ein Gespräch mit Alfred Jaklitsch über die aktuelle Situation im Zusammenhang mit dem Versuch der Atomlobby, Atomenergie als Klimaretter darzustellen.

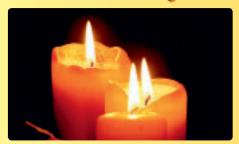
Auf die Frage von Manfred Doppler, wie er zur Argumentation "Atomenergie als Klimaretter" steht, gab es eine klare Antwort: "Nein, ganz sicher nicht! Wenn ich von all dem, was angeboten wird, das größte Übel nehme, dann ist das sicher der verkehrte Weg."

Zum Thema Temelin meinte er, dass diese Bedrohung nicht nur die Grenzregion, sondern das Ausseerland genauso betrifft. Es geht da um Minuten und Sekunden.

Elfi Guttenbrunner fragte Alfred Jaklitsch abschließend, wie die Leute im Salzkammergut auf ein Atommüllendlager in unmittelbarer Nähe reagieren würden. Seine Antwort fiel sehr deutlich aus. "Gerade die Leute im Salzkammergut würden sich da vehement wehren und auf die Barrikaden gehen. Man darf sich da nicht alles gefallen lassen."



Tschernobyl- Gedächtnismesse



Anlässlich des Jahrestages der verheerenden Tschernobylkatastrophe organisierte das Anti Atom Komitee im April wie alljährlich in der Stadtpfarrkirche Freistadt einen Gedächtnisgottesdienst.

Es wurde dabei an die Menschen gedacht, die 1986 bei der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl ihre Gesundheit und ihr Leben verloren haben. Viele Sanitäter, Feuerwehrleute und Polizisten mussten bei ihrem Einsatz für die russische Bevölkerung qualvoll sterben.

Darum hat das Anti Atom Komitee alle Einsatzkräfte aus dem Bezirk Freistadt wieder zu diesem Gottesdienst herzlich eingeladen.

Es kam erfreulicherweise eine große Gruppe von Mitarbeitern des Roten Kreuzes, die gemeinsam mit einer größeren Abordnung von Polizisten der Dienststelle Freistadt die Messe mitfeierten.

Das Anti Atom Komitee bedankt sich an dieser Stelle sehr herzlich bei

Ortstellenleiterin Karin Stütz sowie bei Oberstleutnant Franz Schmalzer für die tatkräftige Unterstützung.

Diese Gedächtnismesse, die Stadtpfarrer Franz Mayrhofer sehr schön gestaltete, wurde von Schülern der Musikschule Freistadt unter der Leitung von Ursula Knapp musikalisch wunderbar umrahmt.

Eine Lesung aus dem Buch Genesis, der Text von Jörg Zink, von Elfi Guttenbrunner berührend vorgetragen, die Diaschau, gezeigt von Manfred Doppler sowie die mahnende Abschlussrede von Obmann Alfred Klepatsch, hinterließ einen tiefen und hoffentlich nachhaltigen Eindruck bei den Messebesuchern.

Elfi Guttenbrunner, Sandra Hinum

Gott sei Dank, es war nur Asche!

Vulkanausbruch in Island hat gezeigt, dass im Falle eines Reaktorunfalls halb Europa verseucht worden wäre. Das Anti Atom Komitee weist darauf hin, dass Entfernungen vor radioaktiver Verseuchung keinen Schutz bieten.

Der Vulkan unter dem Eyjafjalla-Gletscher auf Island liegt über 2.500 Kilometer von Österreich entfernt und trotzdem hat die vulkanische Asche innerhalb weniger Tage halb Europa überzogen.

Dieser Vulkan ist weiter von Österreich entfernt, als jedes Atomkraftwerk in Europa.

Die Aschewolke hat sich über ganz Nord- und Mitteleuropa so ausgebreitet, genau so, wie es auch eine radioaktive Wolke getan hätte. Dies hat uns dramatisch vor Augen geführt, dass bei Reaktorunfällen in Europa die Entfernung vom Unglücksort keinen Schutz vor radioaktiver Verseuchung bietet, egal ob das Kraftwerk 100 oder 1000 Kilometer entfernt ist.

Bereits nach wenigen Tagen Flugverbot war der Schaden für die europäische Wirtschaft enorm, und dabei war es "nur" Asche und die ist nicht radioaktiv.



Das Anti Atom Komitee im Gespräch mit dem EU Abgeordneten Paul Rübig

Der ständige Kontakt mit politischen Mandataren auf den verschiedensten Ebenen ist ein wichtiger Punkt, um die Anliegen der Anti Atom Bewegung und somit die des überwiegenden Teiles der Bevölkerung in den Köpfen unserer Volksvertreter zu behalten. Das Anti Atom Komitee trifft sich daher immer wieder mit Abgeordneten auf Landes-, Bundes- und EU Ebene, um dies zu erreichen.

Am 16. April trafen sich daher Alfred Klepatsch, DI Manfred Doppler, Elfi Guttenbrunner und Sandra Hinum mit dem EU-Abgeordneten Dr. Paul Rübig zu einem Gespräch in Linz, bei dem wichtige Punkte, wie die noch immer bestehenden Sicherheitsmängel im AKW Temelin und dessen Ausbau und die Bedeutung erneuerbarer Energieträger für die Zukunft, besprochen wurden.

Rübig meinte, dass die Diskussion um Temelin einen Nachdenkprozess bei Politikern ausgelöst hat, aber viele kleine Schritte notwendig sind. Auch Energiekommissar Günter Öttinger war Atombefür-

worter, hat sich aber stark gewandelt. Er möchte höchstmögliche Sicherheitsstandards bei AKWs durchsetzen, und es müssen Schritte zur Kostenwahrheit gesetzt werden. Die Kosten für die Atommülllagerung müssen ausschließlich von den Verursachern getragen werden.



Das Anti Atom Komitee traf sich in Linz mit dem EU-Abgeordneten Dr. Paul Rübig: v. l. n. r.: Sandra Hinum, Manfred Doppler, Alfred Klepatsch, Paul Rübig, Elfi Guttenbrunner

Paul Rübig erklärte, dass beim Weltklimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen eine 20-20-20 Strategie festgelegt wurde.

- 20 % erneuerbare Energieträger
- 20 % Effizienzsteigerung
- 20 % CO₃ Reduktion

Dies gilt für alle Länder bis zum Jahr 2020.

Paul Rübig erklärte weiters, dass er in Energiefragen neutral bleiben, man das Gefährdungspotential stark nach unten drücken und mit hohen Kosten verbinden müsse. Dies hat auf AKWs negative Auswirkungen.



LANDMARKT UND LANDMASCHINEN

Husqvarna Automower[®] Solar-Hybrid spart nicht nur Zeit und Mühe sondern ist mit seinen € 8,00 Stromverbrauch im Jahr ein umweltbewuster Helfer in Ihrem Garten.



A - 4264 Grünbach • Pflüglberg 3 • Tel.: 07942 / 72 822 • Fax: 07942 / 72 82 28 Internet: www.kopplinger.technik.at • E-Mail: agrar@kopplinger-technik.at

Die Stromlandschaft in Oberösterreich

Um zu zeigen, wie zurzeit die Firmenstruktur der beiden großen Stromanbieter in Oberösterreich, der Energie AG und der Linz Strom aufgebaut ist, wurde seitens des Anti Atom Komitees versucht, diese Struktur grafisch darzustellen.

Ein Teil des Stromes der Energie AG wird als "Optima Wasserkraft", "Optima Wasserkraft plus" und "XL Wasserkraft" vertrieben, wobei anzumerken ist, dass laut e-control kein Atomstrom in diesem Produkten zu finden ist, iedoch trotz der Bezeichnung Wasserkraft der Anteil der fossilen Energieträger der Produkte der Energie AG bei 31,92 % liegt!

Ein Teil des Stromes der Linz Strom wird als "Optima" und "Optima Regionalstrom" vertrieben, und laut e-control beträgt der Anteil von Atomstrom 1,19 %, was den bisherigen Angaben entspricht. Trotz der Bezeichnung Regionalstrom wird Atomstrom verkauft.

Nach Auskunft der Linz Strom ist eine weitere Vertriebsschiene beider Anbieter die gemeinsamen Vertriebstöchter, die Enamo GmbH, die Enamo Ökostrom GmbH und die Linz Ökoenergievertriebs-GmbH, wobei die Enamo Ökostrom GmbH "Ökostrom Haushalt" und die Linz Ökoenergievertriebs-GmbH "Naturstrom" mit jeweils 100 % Strom aus erneuerbaren Energieträgern anbie-

Die Enamo GmbH ist daher offensichtlich der "Müllschlucker" der Großkunden 50.3 % Strom aus fossilen Energieträgern und 26,99 % Atomstrom!!!

Damit ist auch erklärt, wo der bisherige Anteil des Atomstromes geblieben ist.

Die Zusagen der Energie AG, bis Ende 2009 keinen Atomstrom mehr in ihren Produkten anzubieten, wurde zwar eingehalten, auch juristisch wird dem nicht widersprochen werden können. Es stellt sich aber heraus, dass sich an der Einkaufspolitik nichts Wesentliches verändert hat, sondern der zugekaufte Atomstrom über die Enamo GmbH vertrieben wird, was einen eher bitteren Nachgeschmack hinterlässt.

